

Abstimmungsabend

Frauenstammtisch Zürcher Unterland
Vorlagen vom 3. März 2024

Referat von NR Priska Seiler Graf

Agenda

- **13. AHV-Rente**
- **Renteninitiative**
- **Pistenverlängerungen**
- **Anti-Chaoten-Initiative**
- **Uferweg-Initiative**

13. AHV-Rente: Um was geht es?

- **Alle Pensionierten sollen eine 13. AHV-Rente im Jahr bekommen**
 - **Mindestrente Einzelperson: 15'925 Fr.**
 - **Maximalrente Einzelperson: 31'850 Fr.**
 - **Maximalrente Ehepaare: 47'775 Fr.**
- **Menschen, die von ihrer Rente nicht leben können, erhalten weiterhin Ergänzungsleistungen (EL)**
- **Mehrkosten laut Bund 4.1 Mrd., nach fünf Jahren 5 Mrd.**

13. AHV-Rente: Ja-Argumente

- Immer mehr Pensionierte haben zu wenig Geld zum Leben. Von der 13. AHV-Rente profitieren auch diejenigen Pensionierten, die EL erhalten.
- Die Kosten für Miete und Strom werden immer höher und betragen mittlerweile eine Monatsrente. Eine 13. AHV-Rente kann diese Kosten decken.
- Die AHV ist eine gute Lösung für alle, weil sie eine Versicherung ist und von allen zusammen finanziell getragen wird.

13. AHV-Rente: Nein-Argumente

- Die Mehrkosten für eine 13. AHV-Rente kann sich die AHV nicht leisten.
- Mehrkosten müssen entweder über Lohnabzüge oder durch Erhöhung der Mehrwertsteuer bezahlt werden.
- Giesskanne: Auch Millionär:innen erhalten eine 13. AHV-Rente.

**13. AHV-Rente:
Empfehlung
Parlament und
Bundesrat**

- **Bundesrat lehnt Initiative ab**
- **Im Nationalrat: 69 Ja, 126 Nein, 2 Enthaltungen**
- **Im Ständerat: 10 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltung**

Renteninitiative: Um was geht es?

- Das Rentenalter soll bis 2033 auf 66 Jahre erhöht werden. Danach soll das Rentenalter regelmässig an die durchschnittliche Lebenserwartung angepasst werden.
- Rentenalter darf pro Jahr höchstens um 2 Monate steigen.
- Ab 2033 würde so die AHV jährlich um 2 Milliarden entlastet.

Renteninitiative: JA-Argumente

- Das Rentenalter soll erhöht werden, da sonst die Finanzierung der AHV in Gefahr ist.
- Der AHV-Fonds wird stabilisiert, ohne dass die Erwerbstätigen höhere Beiträge leisten müssen oder die Mehrwertsteuer erhöht werden muss.
- Andere Länder erhöhen das Rentenalter viel stärker, die Initiative ist ein guter Kompromiss.

Renteninitiative: Nein-Argumente

- Die geplante Berechnung des Rentenalters ist nicht flexibel genug. Zum Beispiel kann die Wirtschaftslage nicht mitberücksichtigt werden.
- Das Rentenalter der Frauen wurde gerade erst erhöht. Jetzt eine weitere Erhöhung zu beschliessen, ist nicht richtig.
- Um die AHV zu stabilisieren, braucht es verschiedene Massnahmen. Die Erhöhung des Rentenalters reicht nicht aus.
- Frühpensionierungen können sich nur Leute mit hohem Einkommen leisten.

**Renteninitiative:
Empfehlung
Parlament und
Bundesrat**

- **Bundesrat lehnt Initiative ab**
- **Im Nationalrat: 40 Ja, 143 Nein, 11 Enthaltungen**
- **Im Ständerat: 11 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltung**

**Pistenverlängerungen:
Um was geht es?**

- Die Flughafen Zürich AG will die Piste 28 um 400 m und die Piste 32 um 280 m verlängern.
- Nach einer Beinahe-Kollision zweier Flugzeuge wurde in der Sicherheitsüberprüfung 2012 die Pistenverlängerungen als eine von mehreren Massnahmen zur Reduktion des Sicherheitsrisikos vorgeschlagen.

**Pistenverlängerungen:
Ja-Argumente**

- **Die Pistenverlängerung erhöht die Sicherheit und Pünktlichkeit des Flugbetriebs.**
- **Ein zuverlässiger Flugbetrieb macht Zürich zu einem attraktiven Verkehrsknotenpunkt und stärkt die Wirtschaft.**
- **Die Nachtruhe kann besser eingehalten werden.**

Pistenverlängerungen:
Nein-Argumente

- Der Flughafen ist schon gross genug. Mit den Pistenverlängerungen kann die Kapazität erhöht werden.
- Das führt zu noch mehr Lärm für die Bevölkerung und zu noch mehr CO₂-Ausstoss (der Flugverkehr ist für 27% des CO₂-Ausstosses in der CH verantwortlich).
- Der Flughafen Zürich ist jetzt schon bei jedem Wetter sicher, sonst dürfte gar nicht geflogen werden.

Pistenverlängerun
gen:
Empfehlung Kantonsrat
und Regierungsrat

- **Regierungsrat befürwortet die Vorlage**
- **Im Kantonsrat: 87 Ja, 83 Nein, 2 Enthaltungen**

**Anti-Chaoten-
Initiative:
Um was geht es?**

- **Alle Veranstaltungen/Demonstrationen brauchen eine Bewilligung (unklar ob Gemeinde/Kanton)**
- **Alle Kosten für Polizeieinsätze oder Schäden bei unbewilligten Veranstaltungen müssen von den Veranstaltenden und Teilnehmenden übernommen werden.**
- **Bei bewilligten Veranstaltungen müssen zusätzliche Kosten von den Verursacher:innen übernommen werden**

Anti-Chaoten-
Initiative:
Gegenvorschlag

- **Gemeinden bleiben für die Bewilligungen zuständig (Gemeindeautonomie)**
- **Kostenabwälzung nur für „ausserordentliche Polizeieinsätze“ auf «vorsätzliche Verursacher:innen»**

Anti-Chaoten- Initiative: Ja-Argumente

- **Es gibt immer mehr Demonstrationen, die hohe Kosten verursachen. Es ist falsch, dass die Bevölkerung dafür zahlen muss.**
- **Verursacher:innen müssen in jedem Fall die Kosten übernehmen, wird heute nicht einheitlich gehandhabt**
- **Wenn jede Demonstration eine Bewilligung braucht, können die Polizeikosten gesenkt werden.**

Anti-Chaoten- Initiative: Nein-Argumente

- **Forderungen der Volksinitiative sind in der Realität nicht umsetzbar. Man kann oft nicht genau eruieren, wer die Schäden verursacht hat.**
- **Würde gegen höheres Recht verstossen (EGMR)**
- **Angriff auf die Gemeindeautonomie**

**Anti-Chaoten-
Initiative:
Ja-Argumente
Gegenvorschlag**

- **Personen, die Schaden verursachen, müssen zahlen**
- **Auch „ausserordentliche“ Polizeieinsätze sollen bezahlt werden**
- **Bewilligungspflicht bleibt bei den Gemeinden**

**Anti-Chaoten-
Initiative:
Nein-Argumente
Gegenvorschlag**

- **Es ist bereits jetzt schon möglich, Kosten für Polizeieinsätze und Sachbeschädigungen an die Verursachenden abzuwälzen**
- **Aufwand für die Rechnungsstellung erhöht Arbeit und Kosten der Polizei**
- **Diese strengen Regelungen können Personen abschrecken, an Demonstrationen zu gehen. Das verstößt gegen die Grundrechte und schwächt die direkte Demokratie.**

Anti-Chaoten-
Initiative:
Empfehlung
Kantonsrat und
Regierungsrat

- **Regierungsrat lehnt
Volksinitiative ab.**
- **Im Kantonsrat: 78 Ja, 93 Nein**

Gegenvorschlag:
Empfehlung
Kantonsrat und
Regierungsrat

- **Regierungsrat befürwortet den
Gegenvorschlag**
- **Im Kantonsrat: 115 Ja, 55 Nein, 1
Enthaltung**
- **Stichentscheid!**

**Uferweg-
Initiative:
Um was geht es?**

- **Der öffentliche Zugang zu Seen und Flüssen soll erleichtert werden.**
- **Wo neue Uferweg-Abschnitte gebaut werden, muss der Uferweg möglichst nahe am See- und Flussufer entlangführen, im Einklang mit dem Natur- und Landschaftsschutz.**
- **Bis 2050 soll ein durchgehender Uferweg am Zürichsee erstellt werden, überall dort, wo der Boden dem Kanton gehört und in Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Kosten: ca. 350 – 650 Mio.**

Uferweg-
Initiative:
Ja-Argumente

- Uferwege sind sehr beliebt bei der Bevölkerung und sind für alle gedacht. Viele Abschnitte werden erst durch die Initiative tatsächlich gebaut.
- Die Natur wird aufgewertet, Naturschutzorganisationen unterstützen die Initiative.
- Je mehr Menschen im Kanton Zürich wohnen, desto wichtiger werden Naherholungsgebiete wie zB. Uferwege.

Uferweg- Initiative: Nein-Argumente

- Die Uferwege an Seen und Flüssen werden bereits ausreichend finanziert und sich gut geregelt
- Viele Privatpersonen wohnen am Zürichsee. Damit auf ihren Grundstücken Uferwege gebaut werden können, müssten sie entschädigt werden. Das kostet zu viel.

Uferweg-Initiative:
Empfehlung
Kantonsrat und
Regierungsrat

- **Regierungsrat lehnt Initiative ab**
- **Im Kantonsrat: 74 Ja, 97 Nein, 1 Enthaltung**